Allparteiliches Konfliktmanagement KoMit (Vom Konflikt zum Miteinander)

Zwischenbericht der Stabsstelle MRB & GST für den Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit am 29.10.2025

Siehe Antrag der Fraktion Bündnis `90/Die Grünen vom 04.02.2025

Im Stadtgebiet Nürnberg besteht großer Bedarf an dialogischer Konfliktbearbeitung für Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Die Anfragen an KoMit übersteigen bei Weitem die Kapazitäten einer einzigen VK-Stelle, welche sich die Mediatorin Valerie Laubenheimer und der Soziologe Franz Walser seit September 2023 im Menschenrechtsbüro teilen. Als Sachmittelbudget standen 10.000 € im Jahr 2024 zur Verfügung, die gleiche Summe wurde für 2025 bewilligt. KoMit arbeitet sowohl praktisch vor Ort als auch am Strukturaufbau eines kommunalen Konfliktmanagements, bis Oktober 2024 flankiert vom **Bundesprogramm KoKoMa**. Für die Bearbeitung kommen grundsätzlich Nutzungskonflikte infrage, die erstens einen öffentlichen Platz oder Park über einen längeren Zeitraum betreffen und zweitens mit ordnungs- bzw. sicherheitsrechtlichen Maßnahmen nicht (weiter) zu deeskalieren sind.

I. Kriterien für Standortauswahl

Das Clearing der Fälle erfolgt bisher aus dem AK SiSa heraus durch das Ordnungsamt in Absprache mit BgA(L) und MRB(L). Kriterien dafür sind:

- Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum (Plätze, Parks, Grünanlagen, Fußgängerzonen)
- anhaltende Beschwerdelage
- wenig bis keine ordnungsrechtliche und/oder polizeiliche Handhabe
- bisherige Maßnahmen nicht ausreichend

Auch präventive Handlungsoptionen durch allparteiliche Vermittlung können ein Faktor für die Auswahl einer Fallbearbeitung sein.

II. Konkrete Umsetzung 2024/25

Als erster Einsatzort wurde der **Cramer-Klett-Park mit Umgebung** ausgewählt und ab 2024 konkret bearbeitet.

Allparteiliche Konfliktbearbeitung bedeutet zuallererst, möglichst viele Perspektiven auf die Situation zu sammeln und selbst mit vielen Beteiligten ins Gespräch zu gehen. Deshalb spielte für KoMit die sozialräumliche Perspektive und damit die Einbindung entsprechender Stellen und Fachkräfte von Anfang an eine wesentliche Rolle.

In Kooperation mit der sozialwissenschaftlichen Fakultät der TH Nürnberg wurde das gemeinsame **Seminar „Konfliktmanagement im öffentlichen Raum“** konzipiert, das erstmals im Sommersemester 2024 stattfand. In diesem Rahmen wurden Projekte am **Melanchthonplatz** und in **St. Leonhard** durchgeführt bzw. begleitet. Aus dem Seminar heraus konnten Studierende der sozialen Arbeit als KoMit-Honorarkräfte gewonnen werden, die in den Sommermonaten 2024 als sogenannte Parktandems im und um den Cramer-Klett-Park allparteilich im Einsatz waren. Für 2025 ist es gelungen, die Finanzierung dieser

Einsätze in Kooperation mit SÖR zu sichern. Der von Platznutzenden formulierte Wunsch nach einer Sitzgelegenheit im Steubentunnel wurde von KoMit unterstützt und von SÖR im Frühsommer kurzfristig umgesetzt. Die Zahl der Beschwerden bei Polizei und Ordnungsbehörden liegt seit Sommer 2024 auf sehr niedrigem Niveau. Das Seminar konnte 2025 erneut angeboten werden (u.a. mit einer Pflanzaktion für Kinder am Jamnitzerplatz) und soll künftig fest im Lehrplan der TH verankert werden.

Darüber hinaus war KoMit begleitend an den Projekten **Wöhrder Seewärts** sowie **Pop-up Store für Demokratie** in St. Leonhard beteiligt. Auf Grund der konflikthaften Entwicklungen in St. Leonhard wurden Anfang 2025 eine ressortübergreifende **Steuerungsgruppe** zur Sozialraumentwicklung in den Stadtteilen **St. Leonhard und Sündersbühl** initiiert sowie externe Unterstützung durch die kommunale Konfliktberatung **Pro Peace** (ehem. „Forum Ziviler Friedensdienst“) in diesen Prozess eingebunden. KoMit hat in der Schweinauer Straße mit der Konfliktanalyse begonnen, zu der neben der Sichtung vorhandener Informationen und bisheriger Interventionen auch zeitaufwändige Begehungen und Gespräche vor Ort gehören. Parallel wird das Format Runder Tisch überarbeitet, um die unterschiedlichen Interessengruppen miteinander ins Gespräch zu bringen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln.

Mit einigen der durch KoKoMa qualifizierten Konfliktmanagerinnen und Konfliktmanagern konnte 2025 außerdem eine Konfliktanalyse am **Jamnitzerplatz** begonnen werden. Städtische Angestellte und Ehrenamtliche arbeiten dabei je nach persönlichen und dienstlichen Möglichkeiten gemeinsam an der Erfassung eines konfliktsensiblen und diskriminierungskritischen Lagebilds.

III. Mögliche Einsätze an weiteren Orten mit Problemlagen

Kurzfristige Anfragen auf Grund von Beschwerden z.B. zum Quellepark, Melanchthonplatz, Aufseßplatz mussten abgelehnt werden. Abgesehen von den begrenzten Kapazitäten sind weder die städtischen und ehrenamtlichen Konfliktmanager noch die Honorarkräfte der KoMit-Parktandems flexibel überall einsetzbar, wo (meist) Anwohnende sich gestört fühlen. Allparteiliche Konfliktbearbeitung erfordert zwingend die Erstellung eines eigenen Lagebilds unter Berücksichtigung möglichst aller Interessengruppen sowie eine weiterführende Konfliktanalyse aus einer ergebnisoffenen Haltung heraus. Beides bindet Zeit und Personalkapazitäten und ist aktuell nicht an weiteren Orten leistbar. Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen zum Stadterneuerungsgebiet Quartier Annapark etwa wurde deshalb der dort bestehende Bedarf an Konfliktbearbeitung explizit formuliert. Zu beachten ist außerdem, dass Gespräche vor Ort immer auch Erwartungen wecken, weshalb im Vorfeld unbedingt die Weiterbearbeitung realistisch eingeschätzt und geplant werden muss, um Frustration, Resignation, im schlimmsten Fall Vertrauensverlust in die kommunalen Stellen vorzubeugen.

Allparteiliche Konfliktbearbeitung ist eine prozesshafte Querschnittaufgabe, das bedeutet u.a.: Einbindung beteiligter Akteure und sozialer Einrichtungen, Vertrauensaufbau, Überwinden von Sprachbarrieren, Abstimmen gemeinsamer Ziele, Vermittlung demokratischer Werte, sorgfältige Interventionskonzepte, diskriminierungssensible Integrationsarbeit … Sichtbare Erfolge sind nicht als sogenannte Quick-Wins zu haben. Hinzu kommt, dass viele der relevanten Dienststellen (z.B. SÖR, Ref. V) einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind und sich eher auf Kernaufgaben beschränken müssen, denn neue Aufgaben übernehmen können. Siehe hierzu auch die am 25.09.2025 im JHA bearbeitete Antwort auf den Antrag der SPD „Unterstützung für sozial belastete Stadtteile“ vom 15.08.2025.

Mit den gegebenen Voraussetzungen einer hauptamtlichen VK-Stelle einerseits und andererseits dem Anspruch, nachhaltige Veränderungen zu bewirken, ist die Fokussierung auf folgende Aufgaben dringend geboten:

1. Bearbeitung der langjährig bestehenden Konfliktthemen in St. Leonhard im Rahmen der ressortübergreifenden Sozialraumentwicklung Leonhard/Sündersbühl
2. Weiterführung der Parktandems im Bereich nördliche Wöhrder Wiese
3. Entwicklung und Pflege des Netzwerks Kommunaler Konfliktmanager*innen mit konkreten Piloteinsätzen

Die Gründung des multiprofessionellen Netzwerks „Kommunale Konfliktmanager*innen“ (Arbeitstitel) ist das wesentliche Ergebnis des Bundesprojekts KoKoMa, an dem Nürnberg als eine von 14 Kommunen teilgenommen hat. Die Sperre des Bundeshaushalts im Dezember 2023 führte in der Folge zum Ende der lokalen Prozessbegleitung durch die AWO, wodurch weitere geplante Vorhaben leider nicht realisiert werden konnten.

Eine zentrale Erkenntnis aus der lokalen Steuerungsgruppe des Bundesprojekts (bestehend aus MRB/L & KoMit, OA/L & KOS, BgA/L und AWO/L Geschäftsbereich Migration & Integration sowie lokale und externe Prozessbegleitung) soll an dieser Stelle als Perspektive dargestellt werden.

IV. Einbindung der Stadtteile in die kommunale Konfliktbearbeitung

Im Laufe des Projekts wurde einerseits deutlich, dass es keinen umfassenden Überblick über die vielfältigen Akteure und Angebote in den einzelnen Stadtteilen gibt. Die vor Ort vorhandenen Ressourcen, die auch für die Bearbeitung kommunaler Konfliktlagen genutzt werden könnten, sind daher nicht umfänglich bekannt. Perspektivisch wäre es möglich, z.B. mit aktiven Konfliktmanagerinnen aus dem Netzwerk für ausgewählte Stadtteile Bestandsaufnahmen zu erstellen.

Darüber hinaus wurde thematisiert, dass das Ordnungsamt nicht dauerhaft die Runden Tische in den konfliktbetroffenen Stadtteilen organisieren und moderieren kann, auch weil es per definitionem keine neutrale Position einnehmen kann. Sinnvoll wäre, die Konfliktbearbeitung stärker zu dezentralisieren und in die (Mit-)Verantwortung der Stadtteile zu geben; auch die vorläufige Analyse des Konflikts in St. Leonhard bestätigt diese Auffassung. Hierfür sollten Stadtteilakteure in Methoden des kommunalen Konfliktmanagements geschult und mit KoMit vernetzt werden.

Zu guter Letzt sei das Schlusswort aus dem Abschlussbericht von KoKoMa zitiert:

> „Mit der Tatsache, dass die Etablierung des kommunalen allparteilichen Konfliktmanagements eine Mammutaufgabe ist und am besten schon gestern erledigt worden wäre, geht KoMit mit Transparenz, Beharrlichkeit und Schritt für Schritt um.“
> *Stiftung SPI/externe Prozessbegleitung im Oktober 2024*